Nr. 120 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 60

Abend-Ausgabe

Groß-Berlin 40 Pf.
auswärts 50 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 60,— M., monatl. 20,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20,— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Westpolen, Oesterreich u. Luxemburg 34,— M., für das übrige Ausland 72,— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 12,— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 2,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 6,— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97 Expedition Moritzplatz 11753—54

Sonnabend, den 11. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Amerikanische Schuldforderungen.

Paris, 11. März. (WTB.) Nach einer Blättermeldung verlangt die amerikanische Regierung die sofortige Bezahlung eines Teiles der von ihr für die Unterhaltung ihrer Besatzungstruppen verausgabten Summen, nämlich 240 Millionen Goldmark. Der Rest könne später beglichen werden.

Die Agence Havas meldet: Der halbamtliche amerikanische Vertreter in der Reparationskommission, Boyden, hat heute die alliierten Finanzminister, die sich gegenwärtig mit der Prüfung der Verteilung der deutschen Zahlungen befassen, davon verständigt, daß seine Regierung den Betrag, der ihr für die Kosten der Besatzungsarmee zustehe, reklamiert hat, d. h. 966 Millionen Mark und dazu die Zinsen dieser Summe.

Wie „Petit Parisien" mitteilt, ist die Forderung Boydens auf Erstattung der Kosten für die amerikanische Besatzungsarmee am Schluß der gestrigen Vormittagssitzung der alliierten Finanzminister erfolgt und hat wie ein Theatercoup gewirkt. Boyden, der bis jetzt nur die Rolle des Beobachters gespielt habe, habe eine Note verlesen. Die von ihm verlangten Kosten seien berechnet bis zum 1. März 1921.

Der „Matin" äußert die Ansicht, daß die Finanzminister sich gezwungen sehen werden, dem heute zu unterzeichnenden Abkommen eine Klausel anzufügen, wonach die Rechte Amerikas über die Rückzahlung der Besatzungskosten aufrechterhalten werden. Wenn sich Amerika damit begnüge, werde der Zwischenfall keine weiteren Folgen haben. **Wenn es aber verlange, an den deutschen Zahlungen Anteil zu haben, so werde es auf Monate hinaus mit der belgischen Priorität und den Einnahmen, die das französische Budget benötigt, zu Ende sein.**

Der „Gaulois" bemerkt zu der gleichen Frage, man sei im Unrecht, wenn man in Frankreich diese Kundgebung Amerikas außer acht lasse. Sie bestätige den Geisteszustand, der gegenwärtig bei den amerikanischen Freunden herrsche. **Amerika könne aber keine sofortigen Rückzahlungen fordern, da es wisse, daß Frankreich nicht in der Lage sei, sie zu bezahlen.** Das Vorgehen Amerikas sei nicht geeignet, den Wiederaufbau Europas zu erleichtern.

Endgültige Lösung des Reparationsproblems?

Paris, 11. März. (WTB.) „Petit Parisien" schreibt: die Finanzminister haben gestern beschlossen, um der wirtschaftlichen Unsicherheit ein Ende zu bereiten, die Reparationskommission aufzufordern, die Mobilisierung der deutschen Schuld vorzubereiten. Was bedeutet diese Formel? Daß die Stunde endlich geschlagen hat, um die vollständige Lösung des Reparationsproblems zu suchen, anstatt sich auf jährliche Abmachungen zu beschränken. Man werde, führte das Blatt weiter aus, die Bedeutung dieser Entscheidung noch besser verstehen, wenn man wisse, welche allgemeine Aussprache diesem Beschluß vorausgegangen sei. Die Finanzminister hätten im Laufe ihrer Unterredungen erkannt, daß das wesentlichste Problem das einer Anleihe oder einer Serie von Anleihen sei, die Deutschland im Auslande aufnehmen müsse zur Vervollkommnung seiner Reparationen in natura. Solange diese Kreditoperation unmöglich bleibe, werde Deutschland dem Bankerott ausgesetzt sein. Damit werde es die gesamte Industriewirtschaft Europas gefährden. Auf den ersten Blick aber sehe man nicht, wie Deutschland sich mit Erfolg Geld leihen könne, wenn

seine Schuld nicht zuerst erleichtert

würde. Diese Erleichterung sei aber andererseits nur zulässig, wenn sie kompensiert werde durch Annullierung der internationalen Schulden. Aber Amerika wolle auf seine Forderung nicht verzichten. Es scheine, daß Sir Robert Horne eine neue Form des Systems überbracht habe, das Lloyd George Loucheur gegenüber entwickelt habe, die darin bestehe, daß die deutsche Schuld in zwei Teile zerlegt werde. **Der erste Teil umfasse die Gesamtheit der alliierten Kriegsschulden, also 65 Milliarden Goldmark, und solle beiseite gelassen werden. Er werde von Deutschland nur verlangt, wenn die Vereinigten Staaten die Zurückzahlung ihrer Forderung verlangten. Der Rest von ungefähr 70 Milliarden Goldmark solle in Form von Anleihen in möglichst kurzer Zeit mobilisiert werden. Man nehme an, 10 bis 15 Jahre würden genügen, wenn die Anleihen entsprechend sichergestellt würden.**

Frankreich fordert 190 Millionen Mobilisierungskosten

Paris, 11. März. (WTB.) In der gestrigen Sitzung der alliierten Finanzminister verlangte de Lasteyrie die Rückzahlung der französischen Mobilisierungskosten für die Jahresklasse 1919, die 190 Millionen Frank betragen sollen. Die alliierten Regierungen haben schon einmal abgelehnt, diese Kosten Deutschland aufzubürden, mit der Begründung, daß die französische Regierung allein im Mai vorigen Jahres diese Mobilisierung beschlossen habe. Ministerpräsident Poincaré hat jedoch auf Drängen des Finanzausschusses der Kammer versprochen, die Debatte über diese Frage nochmals zu eröffnen.

Die Reparationskommission veröffentlichte Freitag abend eine Note, in der es heißt, daß das jährliche Budget der Reparationskommission und des Garantiekomitees sich zusammen auf 13 Millionen Goldmark belaufe. Diese Summe betrifft alle Reparations- und Restaurationsoperationen, mit denen die Reparationskommission auf Grund des Versailler Vertrages und des Friedensvertrages in Oesterreich und Ungarn beauftragt wurde. Es sind ferner darin einbegriffen die Kosten der nationalen Organisationen und der Organisationen in den früher feindlichen Ländern, die Kosten des Zentralsitzes in Paris sowie die Kosten der Liquidierung des deutschen Kriegsmaterials. Die Ausgaben der Reparationskommission werden direkt durch Deutschland, Oesterreich und Ungarn zurückvergütet. Die Kosten der Liquidierung des Kriegsmaterials werden aus dem Erlös dieses Materials bezahlt.

Ein Unternehmertag.

Die deutschen Unternehmer sind in mannigfachen Organisationen zusammengefaßt, die vielfach ineinander verschachtelt sind und deshalb oft den Eindruck der Zersplitterung machen. Das ist jedoch nur scheinbar. In Wirklichkeit haben alle die Industrieverbände, Reichsbünde und dergleichen ihre einheitliche Spitzenorganisation, die bei den Agrariern als Reichslandbund auftritt, während die Industriellen ihre Zusammenfassung in der „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände" haben.

Diese Vereinigung hat soeben in Köln eine große Tagung abgehalten, die hauptsächlich in der deutschvolksparteilichen Presse über den Schellendaus gepriesen wird. Ein wesentlicher Unterschied gegenüber früheren Tagungen der Industriellen-Verbände sticht allerdings sofort in die Augen, wenn man die Verhandlungen überblickt. Scharfmacherreden, wie sie früher an der Tagesordnung waren, sind diesmal nicht gehalten worden. Im Gegenteil war außerordentlich viel von der Notwendigkeit des „Wirtschaftsfriedens" und von der „Volksgemeinschaft" die Rede. Ein unbefangenes Gemüt könnte aus diesen Erörterungen sehr leicht entnehmen, daß der deutschen Industrie nie etwas anderes am Herzen gelegen hätte als die Förderung des Gemeinwohls, und daß ihr das Interesse des deutschen Volkes stets höher gestanden hätte als das Profitinteresse des in ihr investierten Kapitals. Die schwerliberale Presse der Deutschen Volkspartei ist denn auch über solche „geistige" und „seelische" Einstellung der Verhandlungen ganz entzückt. Besonders begeistert aber ist man darüber, daß vor diesem Forum es endlich gelungen sei, den Marxismus wissenschaftlich zu überwinden.

Die Unternehmer hatten sich nämlich einen Wiener Professor, den Nationalökonomen Othmar Spann verschrieben, damit er ihnen die „wissenschaftliche Ueberwindung des Marxismus" demonstriere. Man muß die Jubelhymne Friedrich Hussongs lesen, der in der „Täglichen Rundschau" über den Unternehmertag leitartikelt, und gleichzeitig diejenige Heinrich Ripplers in der „Zeit", wohin er vor Hussong geflüchtet ist. Da erfährt man denn, daß der „Moloch Marxismus" nicht nur die Arbeiterschaft mit „Seelenfusel" erfüllt habe, sondern daß die marxistische Gemeinde weit über die Arbeiterkreise hinaus sich erstreckte und bei den „antisozialistischen Abergläubischen" ebenso stark verbreitet war. Die bürgerliche Welt, sagt Hussong, habe unter der „lähmenden Hypnose" von der „angeblich unwiderleglichen Wissenschaft des Marxismus" gestanden, während die Arbeiter selbst „mit entzündeten Hirnen dem Moloch zujohlten". Die Arbeitgeber wären der „scheinbaren lückenlosen Schlüssigkeit marxistischer Beweisführung" erlegen.

Aber jetzt hat Spann die Spannung gelöst. Für das „Parkett von Praktikern des Wirtschaftslebens" war es „wie eine Offenbarung", als Spann gar nicht erst auf die „Irrgänge" in den Folgerungen des Marxismus einging, sondern ihn gleich in seinen grundlegenden Voraussetzungen „kritisch vernichtete".

Seit Marx sein wissenschaftliches Lehrgebäude aufgerichtet, haben die Professoren aus aller Herren Länder sich darum abgemüht, die Unhaltbarkeit dieses volkswirtschaftlichen Systems nachzuweisen. Die Druckmaschinen haben unzählige dicke Wälzer produziert, die sich mit nichts anderem beschäftigten, als die marxistische Gesellschaftskritik zu bekämpfen. Und Legion sind die kleineren Pamphlete, die demselben Ziele dienen sollten. Aber alle diese Geistesarbeit ist vergeblich vertan. Erst Herr Othmar Spann aus Wien hat endlich den Marxismus „kritisch vernichtet". — Etwas vorsichtiger als sein begeisterter Kollege und Nachfolger von der „Täglichen Rundschau" hält es Heinrich Ripler wenigstens für nötig, „daß die stattliche und aufmerksame Zuhörerschaft des Wiener Professors nicht nur Hörer, sondern Verkünder des Wortes werde und dafür sorge, daß wissenschaftliche Erkenntnis in gemeinverständlicher Form in immer weitere Kreise dringe".

Wenn dieser Rat befolgt wird, darf man sich also in nächster Zukunft wieder auf eine gehörige Ueberflutung des deutschen Volkes mit antimarxistischen Flugschriften gefaßt machen. Was allerdings nicht nur eine Verschwendung an Geistesarbeit, sondern vor allem an dem heute ohnehin so außerordentlich nützlichen und seltenen Papier darstellen würde. . . .

Der Vortrag des Wiener Professors wird übereinstimmend als der Höhepunkt der Tagung bezeichnet. Damit ist gesagt, daß nicht nur die Diskussionsrede des kleinen Martin Spahn, der bei der Vernichtung des Marxismus auch ein Scheit hinzutragen mußte, belanglos war, daß auch die übrigen Referate an geistigem Inhalt weit zurückblieben. Einer dieser Vorträge behandelte die „Wirtschafts- und Sozialpolitik im Dienste des Volksgemeinschaftsgedankens". Redner war der deutschvolksparteiliche Landtagsabgeordnete Dr. Kalle. Er erklärte u. a., daß durch die Revolution niemand überrascht worden sei, der vor dem Kriege beobachtet habe, wie der Sozialismus immer weitere Kreise der Industriearbeiterschaft in seinen Bann zwang. **Jetzt gelte es, uneigen-**

Riesenaussperrung in England.

London, 11. März. (WTB.) Die Blätter glauben, daß von der heute beginnenden Aussperrung in der Metallindustrie insgesamt 1 Million Arbeiter betroffen werden.

Kämpfe in Südafrika.

London, 11. März. (WTB.) Die Nachrichten aus dem südafrikanischen Streikgebiet lauten sehr ernst. Am Morgen kam es in Benoni im östlichen Teil des Randgebietes zu lebhaften Kämpfen. Flugzeuge und Maschinengewehre nahmen daran teil. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Die Streikenden haben die Arbeiterzentrale in Johannesburg mit Sandsäcken verbarrikadiert. Später kam es in Johannesburg selbst zu Kämpfen mit einem Kommando der Streikenden von Fordsburg. Nach den bisherigen Meldungen sind vier Polizisten und 13 Streikende verwundet und ein Streikender getötet worden. Eine bisher noch nicht bestätigte Blättermeldung besagt, die Streikenden hätten das Bergwerk von Kerakpan angegriffen und hierbei neun Hilfspolizisten sowie den Direktor des Werkes getötet. In Newland seien 24 Polizisten gefangengenommen worden.

Eine Blättermeldung aus Johannesburg besagt: Gestern abend und heute ereigneten sich im Randgebiet sechs Explosionen. Sofort nach der Proklamation des Belagerungszustandes wurde das Rathaus von der berittenen Polizei besetzt, die eine dort ausgesteckte rote Fahne entfernte. Andere Polizeiabteilungen bemächtigten sich der Arbeiterzentrale und beschlagnahmten alle dort befindlichen Papiere und Dokumente. In dem Augenblick, in dem der Belagerungszustand verkündet wurde, fanden Kämpfe zwischen den Kommandos der Streikenden und der Polizei in Benoni, Springs, Kerakpan und im ganzen östlichen Teil des Randgebietes statt.

Wir geben die Nachrichten aus Südafrika ohne Gewähr für ihre Richtigkeit wieder. Es hat sich bereits des öfteren erwiesen, daß man in Südafrika durch Tendenzmeldungen eine arbeiterfeindliche Stimmung hervorzurufen versucht.

Eine internationale Wiederaufbau-Zeitung

Das Handelsblatt des „Manchester Guardian" kündigt anläßlich der Genua-Konferenz das Erscheinen einer den Problemen des Wiederaufbaues Europas besonders gewidmeten, monatlich einmal erscheinenden internationalen Wiederaufbauzeitung an, die in fünf Sprachen (englisch, französisch, italienisch, deutsch und spanisch) unter der Leitung von John Maynard Keynes erscheinen wird. Die Zeitung wird sich besonders mit den finanziellen, wirtschaftlichen und industriellen Problemen beschäftigen, die den Wiederaufbau Europas berühren. Ein besonderes Gewicht wird auf das „Geschäftsbarometer" gelegt werden, das eine Art fortlaufendes Handbuch der internationalen wirtschaftlichen Statistik darstellen soll und sich auch auf Amerika erstreckt.

Bisher wurden als Mitarbeiter u. a. gewonnen eine ganze Reihe von Staatsmännern wie Asquith, Painlevé, Nitti, Dr. Benesch, Dr. Wirth, Dr. Rathenau und Lenin, ferner namhafte Volkswirtschaftler und Finanzier, darunter die Deutschen Dr. Melchior, Direktor Cuno von der Hapag und Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium

Verhaftung der Erzberger-Mörder?

Budapest, 11. März. (WTB.) Bei der Polizei in Steinamanger sind zwei Männer eingeliefert worden, von denen auf den einen die Personalbeschreibung eines der Mörder Erzbergers paßt. Die Verhafteten leugnen; doch gibt der eine zu, daß er nach Kirschau in Deutschland zuständig sei. Die beiden sollen nach Budapest gebracht werden.

Da es sich um eine Verhaftung auf ungarischem Boden durch die gleiche ungarische Polizei handelt, die längst der Erzberger-Mörder in Budapest hätte habhaft werden können, wenn sie gewollt hätte, ihnen indessen zur Flucht verholfen hat, so ist die Meldung mit größter Vorsicht aufzunehmen. Vielleicht handelt es sich um eine Komödie, derart, daß jetzt die Polizei durch Verhaftung der Falschen ihren amtlichen Uebereifer dokumentieren will. Steinamanger liegt überdies im Burgenland, wo die nationalistischen Banden das unbeschränkte Regiment führen. Auch aus diesem Grunde, ganz abgesehen von dem unbestimmten Charakter der Meldung, ist Vorsicht am Platze.

nützig und mit aller Kraft an der Wiederherstellung einer „wahren deutschen Volksgemeinschaft" zu arbeiten. Auch der Industrielle müsse heute aktiv an der Staatsleitung teilnehmen, da die „bindende Kraft des Obrigkeitsstaates" fehle. Die Arbeitnehmer sollten nicht „der egoistischen Praxis des Sozialismus" nachlaufen. So nebenbei wand der Redner dem christlichen Stegerwald einen Kranz der Anerkennung. Ob dieses Lob aus Unternehmermunde dem christlichen Gewerkschaftler besonders angenehm klingt, wollen wir dahingestellt sein lassen.

Den letzten Vortrag hielt der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Edler v. Braun, der die Einwirkung des Versailler Vertrages auf die deutsche Sozialpolitik besprach und ankündigte, die ungeheuerliche Belastung der deutschen Volkswirtschaft durch den Vertrag müsse zum Verlust aller sozialen Errungenschaften führen. Ein Wiederaufbau sei nicht möglich, wenn die Bestimmungen von Versailles und die Reparationen bestehen blieben. Folglich: Man muß die Reparationen verweigern! Das sagt zwar Edler v. Braun nicht so deutlich, aber er läßt es durchblicken und fordert dabei, daß der „Zusammenhalt des deutschen Volkes um so fester" werde, je größer die Not sei.

Bei der ganzen Veranstaltung hätte etwas gefehlt, wenn nicht zum Schluß noch Dr. Stresemann aufgetreten wäre, um gewissermaßen das Fazit aus den Erörterungen zu ziehen. Auch er predigt die „Volksgemeinschaft" und lobt so nebenbei Hugo Stinnes als eine Führerpersönlichkeit der deutschen Wirtschaft.

„Volksgemeinschaft" ist ein sehr schönes Wort, das indessen einen unangenehmen Beigeschmack bekommt, wenn es demonstrativ gebraucht wird gerade von jenen Kreisen, die bis zum Kriege und weit in die Kriegszeit hinein den krassesten Herrenstandpunkt gegenüber den Arbeitern und ihren Organisationen vertreten haben. Niemand in der Welt hat sich eifriger bemüht, die Richtigkeit der Lehren von Karl Marx immer aufs neue zu erweisen, als gerade die deutsche Schwerindustrie. Mit einer gewollten Absichtlichkeit hat sie den deutschen Arbeitern die Notwendigkeit des Klassenkampfes eingehämmert. Wenn diese selben Industriellen jetzt nach der Revolution so freundschaftlich von „Arbeitsgemeinschaft" und „Volksgemeinschaft" sprechen, so wird mancher unwillkürlich an die bekannten Trauben erinnert, die der Fuchs nicht zu erreichen vermochte.

Gegen die gleitende Lohnskala.

Der große Ausschuß der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich mit der im Reichsarbeitsministerium, im Reichstag und in der Presse in der letzten Zeit vielfach erörterten Frage der „gleitenden Lohnskala" eingehend beschäftigt und hat seinen Standpunkt folgendermaßen festgelegt:

Die Lohnhöhe kann sich nicht lediglich nach den Lebenshaltungskosten richten, sondern ist in besonderem Maße von der Leistung des einzelnen Arbeiters, der Art seiner Arbeit, den Verhältnissen des Unternehmens und der wirtschaftlichen Gesamtlage abhängig. Ist es schon danach grundsätzlich falsch, die Lohnhöhe lediglich auf einen Lebenshaltungsindex einzustellen, so birgt das System automatischer Lohnfestsetzung außerdem die große Gefahr in sich, daß es das eigene Verantwortungsgefühl des Arbeiters beim Streben nach höherer Entlohnung verringert oder gar beseitigt und damit die Arbeitsmoral und die Arbeitsleistung ungünstig beeinflußt. Es würde sich auch gar nicht vermeiden lassen, daß automatisch eintretende Lohnerhöhungen eine ungünstige Einwirkung auf die Preisgestaltung der gesamten Lebensbedürfnisse haben, da sie zu einer ebenso automatischen Verteuerung der gesamten Lbenshaltung führen und so wiederum Anlaß zu neuen Lohnsteigerungen geben. Neben diese sozialen und wirtschaftlichen Gründe gegen die Einführung der gleitenden Lohnskala tritt das weitere Bedenken, daß ein fester, von künftigen Entwicklungen unabhängig bleibender Ausgangspunkt für die zeitliche Gestaltung der gleitenden Löhne fehlt und daß sich kaum einwandfreie und praktisch brauchbare Indexzahlen, auf welcher Grundlage man sie auch errechnen mag, finden lassen. Daher ist eine Durchführung der gleitenden Lohnskala unter ausreichender Berücksichtigung aller wirtschaftlichen, fachlichen, örtlichen und persönlichen Verhältnisse nicht möglich. Sie würde, wenn durch zentrale Maßnahmen oder gar durch gesetzlichen Zwang erfolgt, eine ernstliche Störung des gesamten, in natürlicher Entwicklung aufgebauten Systems fachlicher und örtlicher Tarifverträge nach sich ziehen und deshalb den Wirtschaftsfrieden nicht fördern.

Wenn die gleitende Lohnskala, so heißt es weiter, nach vorliegenden Erfahrungen vereinzelt in eng begrenzten Fällen auch ohne Nachteil zur Anwendung kam, vielleicht sogar gewisse Vorteile geboten haben mag, so kann sie doch aus den dargelegten Gründen weder für die Privatindustrie, noch für die von denselben Voraussetzungen wirtschaftlicher Lohngestaltung abhängige Staatsverwaltung und Staatswirtschaft als allgemeines Entlohnungssystem übernommen werden und ist deshalb abzulehnen.

Kapps Bedingungen.

Heute wird uns der Wortlaut des von Kapp an das Reichsgericht gesandten Schreibens bekannt, in dem er um freies Geleit nachsucht. Dieses Schreiben enthält noch unverschämtere Bedingungen, wie man nach dem in den „Dresdner Nachrichten" veröffentlichten Briefe vermuten konnte. Hier ist sein Wortlaut:

Schweden, 1. März.

Hiermit beantrage ich auf Grund der §§ 117 ff., 337 StPO. gegen Stellung einer Sicherheit von 100 000 Mark und gegen Uebernahme der Verpflichtung, mich jederzeit zur Verfügung der Gerichte zu halten, mir freies Geleit und Verschonung von der Untersuchungshaft, unter Abstandnahme von jeder Durchsuchung meiner Person und meines Reisegepäcks bei Uebertritt über die deutsche Grenze und während meines Aufenthalts in Deutschland bis zum Abschluß des Hauptverfahrens sowie von der Beschlagnahme bei mir geführter Reiseeffekten, Bücher und Schriftstücke in dem genannten Zeitraum, jedoch unbeschadet der zollamtlichen Bestimmungen zuzusichern.

Kapp, der als Dr. h. c. und „Königlich preußischer Geh. Oberregierungsrat" unterzeichnet, wünscht Antwort an einen Leipziger Anwalt und Benachrichtigung durch den deutschen Gesandten in Stockholm. Diese Benachrichtigung ist inzwischen erfolgt. Der Untersuchungsrichter beim Reichsgericht hat, wie wir schon mitteilten, den dreisten Antrag Kapps abgelehnt, weil, wie es wörtlich heißt, „allein die bedingungslose Gestellung des Angeschuldigten als der Sachlage entsprechend erachtet werden kann und im übrigen der Grund für den Haftbefehl fortdauert." Diese Entscheidung ist in voller Uebereinstimmung mit dem Oberreichsanwalt gefällt worden.

Die unterbrochenen Verhandlungen.

Ueber den Abbruch der Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaftsvertreter über die Erhöhung der Bezüge des Personals wird uns noch berichtet:

Die Verhandlungen wurden sehr sachlich geführt und verliefen bis zum Abend ohne jeden Zwischenfall. Wie bei den früheren Verhandlungen, so machten sich auch diesmal getrennte Sonderberatungen notwendig. Gegen Abend fanden zu ziffernmäßigen Vorschlägen zur Einkommensverbesserungsvorlage erneut getrennte Beratungen statt.

In der Sondersitzung der Verhandlungskommission wurde der Fall Menne erörtert und beschlossen, dem Ersuchen des Verhandlungsleiters v. Schlieben, Menne von den Verhandlungen auszuschließen, nicht stattzugeben. Als dann die gemeinsame Beratung wieder aufgenommen wurde, erklärte Ministerialdirektor v. Schlieben, daß er einen Vertreter der Gewerkschaften im Saal sehe, gegen den ein Disziplinarverfahren schwebe und mit dem die Regierung nicht verhandeln könne. Die Gewerkschaftsvertreter betonten demgegenüber, daß Menne nicht als Untergebener des Verkehrsministeriums an der Verhandlung teilnehme, sondern in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Reichsgewerkschaft und gleichzeitig als Unterhändler des Deutschen Beamtenbundes. Es könne keiner Gewerkschaft vorgeschrieben werden, wen sie zu delegieren habe. Es handle sich auch nicht um die Person Mennes und um den Streik der Reichsgewerkschaft, sondern um eine grundsätzliche Frage. Was heute Menne passiert, könne morgen einem anderen widerfahren. Das Disziplinarverfahren sei zwar eröffnet, aber es liege noch kein Urteil vor. Ministerialdirektor v. Schlieben antwortete, daß die Staatsautorität gewahrt werden müsse und deshalb der Standpunkt der Regierung gegeben sei. Da eine Verständigung nicht herbeigeführt werden konnte, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Festgestellt wurde noch, daß Menne während seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Reichsgewerkschaft vom Reichsverkehrsministerium beurlaubt ist und Gehalt von der Verkehrsverwaltung nicht bezieht. Ebenso ruhen seinen Pensionsansprüche. Die Reichsgewerkschaft hat den in solchem Fall vom Reichsverkehrsminister geforderten Revers unterzeichnet, in dem sie sich bereit erklärt, die durch Unfall und Pensionierung dem Reiche entstehenden Unkosten selbst zu übernehmen.

Die Frage hat in der Tat grundsätzliche Bedeutung. Es ist früher häufig vorgekommen, daß private Arbeitgeber bestimmte Gewerkschaftsvertreter als Verhandlungsteilnehmer ablehnten. Die Gewerkschaften haben sich stets entschieden gegen ein solches Verfahren gewandt. Erst seit der Revolution haben sich die Arbeitgeber zu einem anderen Standpunkt bequemt. Würde die Regierung der Republik nun auf den, von den Privatkapitalisten verlassenen Standpunkt treten, so sind ernsthafte Differenzen zwischen Regierung und Gewerkschaften zu erwarten, die schwerwiegende Folgen nach sich ziehen können.

Innerhalb der Spitzenorganisationen haben im Laufe des heutigen Vormittags über die Angelegenheit keine neuen Verhandlungen stattgefunden. Erst um 1 Uhr treten die Spitzenverbände zusammen, um sich über ihre weitere Haltung schlüssig zu werden. Der Sechserausschuß, der vor Beginn der Verhandlungen gebildet wurde und dem je ein Mitglied der Spitzenorganisationen angehört, sprach heute vormittag beim Reichskanzler Dr. Wirth vor. Aufgabe des Sechserausschusses ist hauptsächlich, die Verbindung zwischen den einzelnen Organisationen aufrechtzuerhalten.

Der Steuermantel.

In den Vereinigten Steuerausschüssen des Reichstages wurde heute der Gesetzentwurf über Aenderungen des Finanzwesens (sogenanntes Mantelgesetz) beraten. § 1 dieses Gesetzes bestimmt, daß die Reichsregierung für diejenigen Kredite, die für das Rechnungsjahr 1922 bereitgestellt sind, und nicht für die Verkehrsanstalten bestimmt sind, Mittel im Wege einer in Reichsmark einzuzahlenden, in den ersten drei Jahren unverzinslichen Zwangsanleihe in Höhe von einer Milliarde Goldmark flüssig machen soll. § 2 schreibt vor, daß die vierzehn Steuergesetze, soweit nicht in ihnen etwas anderes bestimmt ist, einheitlich, zugleich mit dem Mantelgesetz, in Kraft treten.

Für die Demokraten erklärte Dr. Pachnicke die Zustimmung zum Mantelgesetz. Abg. Bernstein (Soz.) bemängelte, daß der Gesetzentwurf nicht die Termine für die Einführung der Zwangsanleihe enthält und stellte fest, daß der größte Teil der Anleihe 1922 erhoben werden soll. Abg. Helfferich (Dnat. Vp.) und der Unabhängige Henke begründeten ihre ablehnende Stellung zum Gesetzentwurf. Abg. Dr. Becker (D. Vp.) stellte fest, daß seine Partei sich die Bedingungen nicht aus der Hand nehmen lasse, mit der sie das Kompromiß abgeschlossen habe.

Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für das Gesetz, die Deutschnationalen, Unabhängigen und Kommunisten stimmten dagegen.

Die bayerische Preußenpsychose.

Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung teilt mit:

Der deutschnationale Abgeordnete Brosium hat im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages am 9. März d. J. u. a. behauptet, daß die Gelder des Staatskommissars für öffentliche Ordnung für die Bespitzelung Bayerns von einer berüchtigten Schieberfirma in Köln stammten. Ich wiederhole nachdrücklich die bereits einmal von mir abgegebene Erklärung, daß ich keinerlei Angestellte, Agenten oder Spitzel weder direkt noch indirekt in Bayern beschäftige und betone dabei ausdrücklich, daß das Staatskommissariat für öffentliche Ordnung von keiner privaten Seite Geldmittel erhält.

„Genofeva", Schauspiel von Ludwig Berger.

Staatstheater.

Der junge Autor, der hier zum ersten Male auf einem Berliner Theater erscheint, ist offenbar von Hebbel stark beeinflußt. Nicht nur, daß sein Drama den gleichen Namen wie eine Bühnendichtung des berühmten Meisters trägt, denselben alten Sagenstoff behandelt, auch die Art, mit der er an ihn herantritt, in die Konturen der Legende dem Wesen dieser fremde Züge hineinzeichnet, gemahnt, dem Willen nach, an jenen. Leider aber nur dem Willen nach. Hebbels Phantasie, den Schurken Golo, den der zum Kreuzzug ausziehende Landgraf ahnungslos vertrauend als Hüter seiner Gattin Genofeva einsetzt, uns dadurch menschlich näher bringt, daß er ihm seine ruchlose Verblendung aus dem Keime einer überschwenglich großen, ursprünglich edlen Leidenschaft erwachsen läßt, verändert Berger vollends die Züge der Figur. Sein Golo ist ein schmachtend sentimentaler Werther, der es an Reinheit der Gesinnung mit Genofeva selber aufnehmen kann. Alle Voraussetzungen und Grundlagen, auf denen die Geschichte fußt, werden geradezu auf den Kopf gestellt. Warum dieser himmelblaue Schwärmerjüngling, dem schon der Gedanke, die geliebte Frau sich werbend zu erobern, eine Befleckung heiliger Gefühle dünkt, Golo und seine Angebetete Genofeva heißt, bleibt schleierhaft, verstimmt als Willkür paradoxer Laune. Poetische Freiheit darf nicht ins Bodenlose schweifen, und wenn wir auf den Bahnen, die der Dichter führt, die Wirklichkeit, und sei's auch nur die der Sage, vergessen sollen, muß er dem Hörer etwas bieten können, das das Vergessen lohnt.

Doch dieser Golo bleibt ein Gespenst, aus dessen Tun und Reden kein Hauch von treibend innerer Notwendigkeit uns anweht. Er teilt in dieser Hinsicht das Schicksal aller anderen Figuren, die stets das Gegenteil von allem tun, was man erwarten würde. Der Landgraf Siegfried, der so zart besaitet ist, daß er aus Furcht die abgöttisch geliebte aetherische Gemahlin durch seine sinnliche Begier zu schrecken, für lange von ihr scheiden will, gerät dann auf die bloße Nachricht von Golos Verderbtheit in solche Raserei, daß er ohne einen Versuch der Prüfung seinen Knechten befiehlt, Genofeva wie ihr Kind beiseite zu schaffen. Der Knäuel dieser Szenen, in denen obendrein ein Priester als künftiger Rächer und Richter figurierend auftritt, verwirrt sich derart, daß ohne Erinnerung an die Umrisse der Sage ein Folgen überhaupt unmöglich wäre. Golo, der Unschuldsmann, der zunächst geflohen, sucht Genofeva, die mit ihrem Kind gerettet im Walde haust, noch einmal auf, um sich dann in ein besseres Jenseits zu befördern. Beseeligt empfängt die dann den reuigen Gemahl, der um Verzeihung bittet. Aber der Schuldige kann sich dem reinen Wesen nicht vereinen. Als sie erfährt, daß er die heilige Hirschkuh, die ihr Kind gesäugt, erschossen, bricht sie tot zusammen.

Wenn der lyrische Schwung der Sprache und eine gewisse Bühnenplastik der Situationen zuerst ein Interesse erweckte, verlor sich dieses dann in dem verworrenen weiteren Verlauf, der den gleichen Mangel einheitgebenden Gestaltungsvermögens zeigt, an dem die meisten Dramen unserer Jüngeren kranken.

Auch die Darsteller, Lina Lossen als Genofeva, Müthel als Golo, Decarli als der Landgraf und Stahl-Nachbaur in der Figur des Bischofs, mit soviel Hingabe und Kraft, die sie für ihre Rollen einsetzten, konnten das Unbeseelte nicht zum Leben verhelfen. Der Beifall, der nach dem ersten Teile folgte, war am Schlusse stumm. Die Inszenierung, für welche gleichfalls Berger zeichnete, hatte alles Denkbare getan. In dem Rahmen, den die mit stimmungsvoller Nutzung expressionistischer Melodien entworfenen Bühnenbilder César Kleins um das Ganze woben, trat eigenartige starke Phantasie zutage, die zu dem bloß Phantastischen des Werkes in ausgesprochenem Kontrast stand. dt.

Volksbühne: „Die Ratten".

Auch dieser Abend der Volksbühne gehört zunächst dem Regisseur Jürgen Fehling. Vielleicht fühlte er, daß es schwerer sei, ein Ensemble naturalistisch leben zu lassen, als eine Reihe von Deklamatoren rhythmisch zu gruppieren, und bei der Arbeit an den „Ratten" wird es ihm wohl bewußt geworden sein, daß der sogenannte Naturalismus für den Regisseur die bedenklichsten Probleme birgt. Nun — Fehling hat auch diese Aufgabe gelöst. Und der Wucht von „Masse Mensch", der Bizarrerie von Tricks „Gestiefeltem Kater" schließt sich diese Lösung der „Ratten" würdig an. Daß er gerade dies Hauptmannsche Werk ausgewählt hat, sei ihm besonders gedankt, erstens weil man dieses von menschlicher Substanz überquellende Stück Berliner Leben nicht oft genug sehen kann, zweitens weil er eine ganze Reihe von Darstellern zwang, vom hohen Gaul des Jambus herabzusteigen und berlinisch zu reden. Dies sowohl wie die Umstellung von den klassischen Schablonenfiguren auf charakteristische Typen entlockte dem Ensemble, das nun allmählich wirklich ein Ensemble wird, ganz neue Töne. Fehling zwingt seine Leute, aus sich herauszugehen. Er macht aus dem Humoristen Leopold einen prächtigen alten pathetischen Pastor Spitta, aus dem ursprünglich heroischen Liebhaber Halden einen ausgezeichnet nuancierten jungen Spitta, dem man über alle Unbeholfenheit hinweg Sympathie bewahrt, aus der Heroine Mary Dietrich eine glänzende Marphisilin und Talmigräfin Knobbe. Er zwingt die mädchenhafte Lucie Mannheim in die Piperkarcka hinein, hier freilich nicht mit ganzem Erfolge, aber doch auch hier Neues herausholend. Er entdeckt sogar eine Begabung, die bereits seit Jahren an der Volksbühne tätig ist: Heinz Hilpert, dessen Bruno Mechelke zu den stärksten Eindrücken des Abends zu zählen ist: wirklich und wahrhaftig ein Gewächs aus Berlin N. von erschütternder Wirklichkeit. Zu Klitschs schleimigen Quarquaro und der begabten kleinen Knobbe Dora Gerlons dann das weniger scharf gesehene Vorderhaus mit Georg August Koch, Marianne Bratt und der zarten Clare Kollmann, und über allen das Ehepaar John mit Kapfler und der Fehdmer: er zunächst ganz Biedermann mit später Vaterfreude voller Humor, und dann in furchtbarer Enttäuschung explodierend und einem ganz großen Schluß; sie eine über Erwarten kraftvolle Frau John, verbissen auf ihr Ziel losgehend und dann immer hilfloser und irrer sich in ihr Lügengewebe verstrickend. Nach ein paar toten Stellen in den ersten Akten begann die Luft dieses Milieus zu schwingen, bis man im vierten und fünften Akt vergaß, daß man im Theater war. Die Zuhörerschaft ließ sich von diesem Hauptmann, der trotz allen hilflosen Repräsentationsreden doch unser Hauptmann bleibt, mitreißen und dankte mit endlosem Beifall.

D. E. H.

Das Kabarett — das Theater der Zeit. Noch nie hat es in Berlin so viele Kabaretts gegeben wie jetzt, und dabei werden immer noch neue aufgetan. Auch die Konzentrationserscheinungen, die wir vom Theater schon länger kennen, stellen sich bereits ein. Das „vornehme" Kabarett, das mannigfaltige Bühnengenüsse zum Sekt und Souper hinzufügt, scheint ein Stück Zukunft unseres Theaters zu sein: der neue großstädtische Reiche und der Provinziale, der Berlin erleben will, mag nicht den ganzen Abend mehr trocken und nüchtern „langweilige" Dramen ansehen. Er sucht aktivere und kurzweilige Formen der Reaktionsauslösung. Das vornehm ausgestattete neue Heim des „Schwarzen Katers", das Freitag in der Friedrichstraße eröffnet wurde, gibt Anlaß zu diesen Betrachtungen.

Das deutsche Kabarett ist in einem Uebergangsstadium. Es pendelt zwischen altem und neuem. Nirgends hat es die Resolutheit des russischen, das ganz auf Farbe eingestellt ist. Das übermäßige Menu des Katers bringt neben sentimentalen Wiener Tanzcouplets, die erledigt sein sollten, beste Berliner Vergangenheit: Claire Waldoffs unverwüstliche, dustige Berliner Gesänge, die nie ihren Reiz verlieren, aber auch nicht mehr neu sind, dazu ein Wiener Stegreifwitzbold und Humoristen, der den ganzen Abend auszufüllen imstande wäre und Kontakt herstellt, Hans Kollischer und wenn's gegen 1 Uhr geht: das stark behaftete, künstlerisch auch nicht aufregende (ehemalige Nackt) Ballett Celly de Rhendis. Der Konferencier Krüger hat eine fabelhafte kalischnäuzige Wit- und Reimtechnik. Was sonst an Diseusen und Rezitatoren losgeht, ist nicht gerade fortreißend. Fritz Witte rast eine Moskauer Vision herunter, die das Sektpublikum gruseln macht. Aber ein wahrer Dichter entschuldigt für vieles Seichte: Ringelnatz macht sogar die Banausen aufhorchen mit seinen Turngedichten und Strophen des Stellungslosen. —r.

Erstaufführungen der Woche. Mittw. Trianonth.: „Der Sultan". Donnerst. Kammerspiele: „Der Vertrag von Nizza". — Freit. Deutsches Theater: „Cyrno von Bergerac". — Sonnt. 19. 11½. Neues Volks-Theater: „Persephone".

Urania-Vorträge. Sonnt., Mont.: „Im Kampf mit dem Berge." Dienst.: „Die ägypt. Pyramiden." Mittw., Prof. Ebbardt: „Burgenfahrten im Rheinland." Donn. (ausverkauft). Freit.: „Wunder des Schneeschuhs." Conrad., Prof. Goette: „Kultur und Natur der Mark Brandenburg."

Museumsführungen finden Sonntag 9½ Uhr durch Direktorialbeamte im Kaiser-Friedrich-Museum (Deutsche Bildwerke) im Neuen Museum (ägyptische Abteilung) und in der Sammlung für deutsche Volkskunde (Klosterstr. 36) statt.

Schwarzweißrote Neger.

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Deutschlands Erneuerung steht vor der Tür. In Moabit existiert ein sogenannter deutschnationaler Arbeiterverein. Dieser Verein besitzt eine Fahne. Diese Fahne war aber noch nicht eingeweiht, weil man bis zum Todestage des alten Wilhelm damit warten wollte. Das war am Donnerstag. Dieser Tag wurde zum Ereignis in den Hohenzollernsälen für 21 vaterländische Vereine: evangelische Arbeitervereine, Bund der Aufrechten, Deutschnationale Jugendgruppen, Alldeutscher Jugendbund, Deutscher Herold, Schutz- und Trutzbund, Ortsgruppe der Baltikumkämpfer und die verschiedenen Ortsgruppen der nationalgesinnten Soldaten waren durch Abordnungen mit Fahnen vertreten, überreichten Fahnennägel und hielten Ansprachen. Verschiedene Reichs-, Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete, alte Offiziere waren auch dabei. Der Geheime Oberregierungsrat Dr. von Dryander redete die schwungvolle Festrede. Krieg und Revolution haben dem Volke zwar die Einheit geraubt, das Vaterland zerrüttet, aber diesem Volk nicht die Ideale aus der Seele reißen können. Welche Ideale gemeint sind, darüber schwieg sich die „Deutsche Zeitung", die darüber auch berichtete, leider aus. Um jedoch keinen Irrtum aufkommen zu lassen, behauptete der Festredner:

„Der Sozialismus, durch den die Massen jahrzehntelang verblendet worden sind, liegt zerbrochen am Boden, aber der monarchische Gedanke lebt weiter und wird wieder aufblühen."

Das weiß nämlich der Dryander ganz genau, weshalb seine Rede so ungemein festlich wurde, daß für die nachfolgende Weiherede eines Pfarrers von der Reformationsgemeinde nur noch das Innere Afrikas übrigblieb. Der schilderte nämlich, wie die Neger den Farben Schwarz-Weiß-Rot zujubeln, während man in Deutschland einer Fahne nachläuft, die schon im Laufe der Geschichte Schiffbruch gelitten hat. Es ist schon möglich, daß die Neger der schwarzweißroten Fahne zujubelten, wenn — Musik dabei war, oder wenn das Kommando dazu gegeben wurde. Der Herr Pfarrer ist jedoch zweifellos gerecht genug, um uns zuzugeben, daß diese Neger den Farben Schwarz-Rot-Gold schon deshalb nicht zujubeln konnten, weil sie diese Farben nicht zu sehen bekamen. Aber selbst dann, wenn es wahr wäre, daß die Neger die schwarzweißrote Fahne der schwarzrotgoldenen vorziehen, wäre das noch kein Grund, es ihnen nachzuahmen. Die Zulukaffern in Afrika müssen ja jetzt ganz anderen Fahnen zujubeln.

Auch ein Arbeitersekretär namens Dunkel sprach: von „rotem Terror" und so weiter. Und das alles: die 21 vaterländischen Vereine, die Fahnennägel, die schwarzweißroten Neger, der monarchische Gedanke, der weiter lebt, geht unter dem Titel „Deutschlands Erneuerung".

Und der Dryander freut sich, daß sich immer noch Dumme finden.

Berliner Verkehrsziffern.

Die Bewältigung des Stadt- und Vorortbahnverkehrs.

Die Klagen über allerlei Mißstände im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr wollen nicht verstummen. Wer täglich immer wieder die Ueberfüllung der Züge schaudernd erlebt, schreit nach Verdichtung der Zugfolge. Die Eisenbahnverwaltung aber erklärt, daß zurzeit die Leistungsfähigkeit nicht mehr gesteigert werden kann. Von der Eisenbahndirektion Berlin werden uns Angaben darüber gemacht, wie stark jetzt die Beanspruchung der Bahnstrecken und der Züge ist und welche Besserung man von der beschlossenen Elektrisierung der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen erwartet.

Der Krieg hatte die andauernde Zunahme des Berliner Verkehrs unterbrochen, aber heute sind die Verkehrsziffern der Jahre vor dem Kriege bereits wieder erreicht und zum Teil noch übertroffen. Auf den Stadt-, Ring- und Vorortstrecken wurden im Jahre 1913 rund 600 Millionen, im Jahre 1921 schon wieder 604 Millionen Achskilometer gefahren. Die Zahl der gefahrenen Züge stellte sich im Jahre 1913 auf 1076, im Jahre 1921 aber auf 1172 täglich, wobei auch die Wagenzahl pro Zug von 10 bis 11 (im Jahre 1913) auf 11 bis 12 (im Jahre 1921) vermehrt worden ist. Ueber die Zahl der Fahrgäste liegen abgeschlossene Angaben erst bis 1920 vor. Während (unter Berücksichtigung der Monatskarten) im Jahre 1913 164 Millionen Fahrten errechnet wurden, hat das Jahr 1920 bereits 283 Millionen Fahrten gebracht. Ein paar Monatsergebnisse aus 1921 zeigen, wie die Tariferhöhung eines konkurrierenden Verkehrsunternehmens wirkt. Es wurden im November täglich 1 392 000 Fahrten, im Dezember aber — nach Erhöhung des Straßenbahntarifes — täglich 1 570 000 Fahrten gemacht.

Die Möglichkeit einer weiteren Verdichtung der Zugfolge findet ihre Grenze an der immer noch nicht behobenen Unzulänglichkeit des Lokomotivenbestandes, von denen im Jahre 1913 nur 18—20 Proz., im Jahre 1921 aber 35 Proz in Reparatur waren. Vor allem aber soll die Einlegung von noch mehr Zügen aus betriebstechnischen Gründen nicht möglich sein. Zurzeit hat die Stadtbahnstrecke, die vom Osten her die Züge aus Grünau, Erkner und Kaulsdorf aufnehmen muß, in den Stunden des stärksten Verkehrs schon einen 2½-Minutenbetrieb. Am lautesten klagen über die Zugüberfüllung gewöhnlich diejenigen, die nur den Ausflugsverkehr schöner Sommersonntage kennen. Was sich da abspielt, ist noch nicht das Schlimmste. Schlimmeres noch kann man im Arbeiterverkehr jahraus jahrein an allen Wochentagen beobachten. Die tägliche Verkehrsziffer stellt sich z. B. in Richtung Fürstenbrunn auf 18 000, Niederschöneweide bis Wildau auf 12 000, Tempelhof, Papestraße, Marienfelde auf 12 000, Beusselstraße auf 5000, Gesundbrunnen auf 6000, Westend auf 4000. Für den unerhört überlasteten Bahnhof Fürstenbrunn war bereits eine besondere Linie geplant, aber die Kosten machen die Ausführung unmöglich. Besserung wird nur von der

Elektrisierung der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen

erwartet. Für die Dichtheit der Zugfolge ist auch ausschlaggebend, wie schnell die Züge abgefertigt werden können. Die Wagen der elektrisch betriebenen Züge werden durch ihre Einrichtung, durch die Anordnung der Sitze eine viel raschere Leerung und Füllung der Züge ermöglichen. Bei voller Besetzung wird ein Zug mit 569 Sitzplätzen und 931 Stehplätzen im ganzen 1500 Personen befördern können. Das Fassungsvermögen eines Stadtbahnzuges der bisherigen Art wird von der Eisenbahndirektion Berlin auf 458 Sitzplätze und 616 Stehplätze, im ganzen 1074 Plätze angegeben. Da bei elektrischem Betrieb 40 Züge pro Stunde fahren können, während jetzt in den verkehrsreichsten Stunden nur 24 Züge pro Stunde fahren, so wäre eine Höchstleistung von 60 000 Fahrgästen pro Stunde möglich. Bisher stellte sie sich auf rund 28 000.

Als erste Strecken werden die Vorortstrecken nach Bernau und nach Hermsdorf elektrisiert. Mit der Ausführung soll möglichst bei Eintritt milderer Witterung begonnen werden.

„Kommissionäre auswärtiger Firmen."

Beamten der Kriminalpolizei ist es aufgefallen, daß aus dem Hause Linienstraße 206 heraus ein reger Handel mit Konfektionssachen aller Art betrieben wurde. Ihr Verdacht fiel auf zwei Galizier namens Samuel Rubin und Abraham Zimmermann, die hier hausten. Es wurde nun beobachtet, wie sie mit einem dritten Mann in das Haus Lindenstr. 62 gingen. Nachdem sie kurze Zeit verweilt, kamen sie wieder heraus und begaben sich nach einem Hausflur in der Jerusalemer Straße. Hier nahmen die Beamten wahr, daß sie in einer besonders großen Tasche unter dem Mantel ein umfangreiches Paket trugen. Die beiden wurden nunmehr verhaftet, wiesen jedoch jeden Verdacht von sich und erklärten, sie seien ehrliche Leute, Kommissionäre auswärtiger Firmen der Konfektionsbranchen. Auf dem Polizeipräsidium aber fand man in der großen Diebestasche einen ganzen Kupon Satin, 65 Meter, im Werte von 10 000 M. noch in der Originalverpackung und mit den Auszeichnungen. Die Firma wurde benachrichtigt und entsann sich auch des Besuches der „Kommissionäre", wußte aber von dem Diebstahl noch nichts. Rubin entpuppte sich als ein alter Bekannter der Kriminalpolizei, der schon eine Zuchthausstrafe verbüßt hat. Es stellte sich dann heraus, daß er mit seinen Kumpanen tagtäglich große Konfektionshäuser aufgesucht, aber keine Abschlüsse gemacht, sondern nur gestohlen hatten, wo sie nur konnten. Die Beute wurde immer sofort verschoben.

Populäre Männervorträge über Geschlechtskrankheiten veranstaltet der Landesausschuß für hygienische Volksbelehrung in Preußen E. V. am Dienstag, den 14. März d. J., abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen: C., Steinstr. 31/34, Sophien-Realgymnasium; W., Bochumer Str. 8b, Friedrich-Werdersches Gymnasium; N., Gleimstr. 49, Luisenstädtisches Gymnasium; N., Dunckerstraße 64, 309. Gemeindeschule; NO., Pasteurstr. 44/46, Königstädtische Oberrealschule; O., Ifflandstr. 9/11, Margareten-Lyzeum; SO., Mariannenstr. 47, Carl-Michaelis-Realschule; S., Prinzenstraße 51, Viktoria-Lyzeum; S., Fürbringerstr. 36, Städt. Studienanstalt; Schöneberg, Kolonnenstr. 21/23, Uhlandschule und Charlottenburg, Cauerstr. 36/37, Kaiserin-Augusta-Gymnasium.

Ungültigkeit von Freimarken. Die Ueberdruckfreimarken zu 1,60 M., 3 M., 5 M. und 10 M. dürfen nicht mehr zum Freimachen von Postsendungen benutzt werden, nachdem sie außer Kurs gesetzt worden sind und die Frist zum Umtausch an den Postschaltern Ende Februar abgelaufen ist.

Amerika will keinen Alkohol. Die Postverwaltung der Vereinigten Staaten von Amerika beklagt sich darüber, daß in den aus Deutschland kommenden Paketen häufig berauschende Getränke enthalten sind, deren Einfuhr verboten ist. Da derartige Flüssigkeiten in den Vereinigten Staaten von Amerika beschlagnahmt und vernichtet werden, wird vor ihrer Versendung dringend gewarnt.

Eine Fachausstellung für Seifen, Parfümerien und alle für das Seifengeschäft irgendwie in Betracht kommende Artikel findet vom 13. bis 15. März 1922 nachmittags von 4—10 Uhr im Lehrervereinshaus, Berlin, Alexanderplatz, statt. Seifenhändler, Drogisten, Material- und Gemischtwarenhändler haben freien Eintritt. Privatpublikum findet keinen Zutritt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Vielfach heiter, am Tage etwas wärmer, vorübergehend wieder stärker bewölkt bei mäßigen südöstlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Hermes' Zuckerüberweisung.

Die umfangreiche amtliche Erklärung über die Belieferung des Winzervereins für Mosel, Saar und Ruwer mit Zucker wurde gestern abend zu so später Stunde verbreitet, daß wir unseren Lesern nur eine gedrängte Inhaltsangabe übermitteln konnten. Wir geben nunmehr mit geringen Kürzungen die Gesamtdarstellung, die offenbar die Darstellung des Ministers Hermes ist, wieder:

„Im Winter 1920/21 wurden aus den Kreisen der Winzer und Winzerverbände Wünsche nach einer Belieferung mit Zucker laut, die über die bereits vorher erfolgte allgemeine Zuckerzuweisung hinausgingen. Die Wünsche wurden damit begründet, daß der geerntete Wein, namentlich in vielen Rebenlagen, sehr alkoholarm und säurereich sei. In Naturzustand könnten daher die Weine ohne großen Schaden keine Verwendung finden . . . Der Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer, mit dem Sitz in Trier, hatte im Dezember 1920 einen schriftlichen Antrag auf Zuteilung von Zucker in Höhe von 5000 Doppelzentnern an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gerichtet.

Am 18. Dezember 1920 fand im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter Vorsitz des Ministers Dr. Hermes eine Besprechung dieser Fragen statt. An dieser Besprechung, in der zunächst die allgemeine Regelung der Zuckerzuteilung für Wein erörtert wurde, nahmen außer dem Minister der Staatssekretär und alle in Betracht kommenden Referenten teil. In dieser Besprechung wurde in Würdigung der vorgebrachten Gründe nach eingehender Aussprache bestimmt, daß an den Winzer-Verband für Mosel, Saar und Ruwer eine weitere Zuweisung von Zucker über die bereits erfolgte allgemeine Zuweisung hinaus stattfinden solle, und zwar schloß sich hierbei der Minister der Auffassung des Staatssekretärs und des Referenten für die besetzten Gebiete an. Maßgebend für diese Entscheidung war einmal die einmütig anerkannte schwierige Lage der Winzer hinsichtlich der Verwertung ihrer Ernte, weiter der Umstand, daß die Zuteilung aus Inlandsbeständen der Einfuhr neuer Zuckermengen aus dem Auslande bei weitem vorzuziehen war, vor allem aber der von der Reichsregierung gleichmäßig festgehaltene Grundsatz, den Bewohnern des besetzten Gebietes in ihrer schwierigen Lage zu helfen, soweit die Reichsregierung dazu nur irgendwie imstande ist. Eine Festsetzung über die Menge des zu liefernden Zuckers erfolgte in dieser Sitzung nicht...

Es wurde weiter beschlossen, daß der Zucker dem Winzerverband unmittelbar zugewiesen werden sollte, um eine schnellere Belieferung herbeizuführen, als sie auf dem Umwege über die Landesregierung und die Kommunalverbände hätte erfolgen können, und zugleich um Zwischenspesen zu vermeiden.

Am Nachmittag desselben Tages sind alle beteiligten Referenten des Ministeriums zu einer Besprechung mit den Vertretern des Winzerverbandes zusammengetreten, um nun die Menge des Zuckers zu bestimmen. Die zuzuweisende Menge wurde auf 4000 Doppelzentner bemessen. An dieser Sitzung hat der Minister nicht teilgenommen. Am 23. Dezember ist dann die endgültige Zuweisung von 4000 Doppelzentnern an den Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer durch den Staatssekretär angeordnet worden. Es ist aber nicht bloß der Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer beliefert worden; vielmehr haben aus den gleichen Gründen der Weinbauverband der Pfalz und ebenso die rheinhessischen Winzer besondere Zuckerzuweisungen erhalten, und zwar sind dem Weinverbande für die Rheinpfalz 8500 Doppelzentner und den rheinhessischen Winzern durch Vermittlung der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft in Darmstadt 4000 Doppelzentner überwiesen worden. Von irgendeiner Bevorzugung des Winzerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer kann demnach nicht die Rede sein.

Das Sitzungsprotokoll.

Im Anschluß an die amtliche Darstellung interessiert es vielleicht, das amtliche Protokoll der in dieser Darstellung erwähnten Sitzungen kennenzulernen. Aus Raumgründen können wir leider auch hier nur die wesentlichen Punkte geben.

Bericht über die Besprechung beim Herrn Minister am 18. Dezember 1920.

Anwesend: Reichsminister Dr. Hermes, Staatssekretär Dr. Huber, Geh. Reg.-Rat Jaffé, Reg.-Rat Dr. Jungel, Dr. Diel, Herr Feldmann.

Zur Besprechung kamen zwei Punkte: 1. Die Regelung der Zuckerverteilung für die Verbesserung von Wein. 2. Die Zuteilung einer neuen Zuckermenge an die Winzer von Mosel, Saar und Ruwer.

1. Der Herr Minister wünscht in innigere Verbindung zu den Winzern zu kommen und hält es daher für zweckmäßig, bei der Verteilung möglichst die Bundesstaaten auszuschalten und unmittelbar durch die Genossenschaften den Zucker den Weinbautreibenden zuzuführen. Herr Staatssekretär hält es für zweckmäßig, auf die Hilfe der Bundesstaaten nicht zu verzichten, dagegen vorzuschreiben, wie die weitere Unterverteilung vor sich gehen soll. Das Zuckerreferat erklärt sich mit den Vorschlägen des Herrn Ministers einverstanden, das Weinreferat wäre an und für sich mit einer derartigen Regelung durchaus zufrieden, äußert aber Bedenken, ob insbesondere in Württemberg und Baden entsprechende Genossenschaften vorhanden sind.

Das Ergebnis der Aussprache faßt der Herr Minister folgendermaßen zusammen:

Bezüglich der zukünftigen Regelung der Verteilung des Weinzuckers hat das Weinreferat in Verbindung mit dem Zuckerreferat bei der Behandlung des Zuckerverteilungsplans für das kommende Jahr bestimmte Vorschläge zu machen und hierbei die Frage zu prüfen, auf die Mithilfe der Bundesstaaten zu verzichten. Für die ins Auge gefaßten Sonderaktionen gegenüber der Mosel, Saar und Ruwer soll jedoch bereits unmittelbar mit den Organisationen der Winzer in Verbindung getreten werden.

2. Herr Minister teilt mit, daß Interessenten von der Mosel vorstellig geworden sind und lebhafte Klage führen über die zu geringe Zuteilung an Weinzucker. Nach seinen Eindrücken sei tatsächlich eine Notlage vorhanden; man müsse prüfen, ob nicht eine erneute Zuckerüberweisung erforderlich sei. Der Herr Staatssekretär unterstützt diese Auffassung gleichfalls in Hinsicht auf die Pfalz. Herr Geh. Rat Jaffé wünscht aus politischen Gründen eine Sonderzuweisung an Zucker. Herr Geh. Rat Jungel und Herr Feldmann weisen darauf hin, daß bereits eine erhebliche Zuweisung an Zucker erfolgt ist und nach den vorliegenden Berichten nicht anzunehmen ist, daß tatsächlich noch eine drückende Notlage vorliegt. (Es folgt eine Diskussion über die Kontrolle der Unterverteilung.)

Die besondere Zuweisung, so faßt der Herr Minister zum Schluß zusammen, deren Menge durch eine Sonderbesprechung mit den Interessenten noch festzulegen ist, hat an die Weinbauern von Mosel, Saar und Ruwer demnach zu erfolgen. Dagegen sollen die anderen Weinbaugebiete, aus denen weniger dringliche Klagen vorliegen, unberücksichtigt bleiben. Die Verteilung des zur Verfügung stehenden Zuckers soll durch den Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer vorgenommen werden.

*

Die Vergleichung des amtlichen Protokolls mit der jetzigen Erklärung zeigt einige Widersprüche, die der näheren Aufklärung bedürfen. Ueber den Hauptpunkt der Anschuldigung gegen Hermes, die billige Weinbelieferung, geben beide keinerlei Auskunft. Hier bleibt die Frage des inneren Zusammenhangs einstweilen offen.

Neue Untersuchung gegen Hermes.

In der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses gegen den Minister Dr. Hermes stellte der Vorsitzende Abg. Fischer (Dem.) fest, daß in der vorigen Sitzung vom 23. Februar alle bisherigen Beweisanträge, zu den Fragen der Auto- und Möbelbeschaffung und zum Falle Augustin erledigt seien. Erneut habe jetzt der Abg. Dr. Hertz (U. Soz.) weitere Beweisanträge gestellt mit Rücksicht auf einen Artikel im „Vorwärts" vom 28. Februar, überschrieben „Falsche Zeugenaussagen?". Nach Darlegungen, die der Vorsitzende auf Grund der Akten und des Stenogramms über die Zeugenaussagen machte, erklärte Abg. Hertz, daß auch er sich auf Grund des Stenogramms überzeugt habe, daß die Ausführungen des „Vorwärts" irrtümlich seien. Er ziehe infolgedessen seine Anträge zurück. Der Ausschuß wird über diesen Teil seiner Untersuchungen nunmehr einen abschließenden Bericht feststellen.

Ferner beschloß der Ausschuß einstimmig, unter Zustimmung des Ministers Hermes, **die Untersuchung auch auf die Weinangelegenheit auszudehnen.** Es wurde beschlossen, den gesamten Schriftwechsel zwischen dem Winzerverein und dem Winzerverband einerseits und dem Minister Hermes dem Reichsernährungsministerium und dem Regierungsrat Ratte andererseits seit April 1920 heranzuschaffen. Die Regierung sagte zu, sofort die Protokolle über die Ressortbesprechungen in dieser Angelegenheit dem Ausschusse vorzulegen.

Theater der Woche.

Vom 12. bis 19. März.

Volksbühne: 12., 14., 17. u. 19. Die Ratten. 13. u. 16. König Lear. 15. Ueber die Kraft, 1. Teil. 18. Masse Mensch. — **Opernhaus:** 12. Butterfly. 14. Aida. 15. Fidelio. 16. Zauberflöte. 17. 8. Sinfoniekonzert. 18. Rigoletto. 19. Tosca. — **Schauspielhaus:** 12., 14. u. 17. Genoveva. 13. Peer Gynt. 15. u. 18. Lumpazivagabundus. 16. Don Carlos. — **Deutsches Theater:** 12., 14. bis 16. Judith. 13. Die Wölfe. 17. bis 19. Cyrano von Bergerac. — **Kammerspiele:** 12. bis 13. Anatol. 14. bis 19. Der Vertrag von Riga. — **Lessing-Theater:** 12., 14. bis 16., 18. u. 19. Faust. 13. u. 17. Flamme. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler. — **Deutsches Opernhaus:** 12. Die Bohème. 13. Siegfried. 14. Oberon. 15. Hoffmanns Erzählungen. 16. Götterdämmerung. 17. Robert und Bertram. 18. La Traviata. 19. Tannhäuser. — **Schiller-Theater:** 12., 14., 16. u. 19. Robinsons Eiland. 13. u. 15. Die Stützen der Gesellschaft. 17. Prinz Friedrich von Homburg. 18. Alt-Heidelberg. — **Großes Schauspielhaus:** Orpheus in der Unterwelt. — **Neues Volks-Theater:** 12., 15. u. 19. Heuchler. 13., 17. u. 18. [illegible]. 14. u. 16. Die Geschwister. Der zerbrochene Krug. — **Die Tribüne:** 12., 13. bis 20. Die fremde Frau. 14. Der Wettlauf mit dem Schatten. — **Deutsches Künstler-Theater:** Der geizige Verschwender. — **Komödienhaus:** Karussell. — **Berliner Theater:** Einer von unsere Leut'. — **Kleines Schauspielhaus:** Der keusche Lebemann. — **Trianon-Theater:** 12., 13. u. 14. Olga. 15. u. folg. Tage: Der Vulkan. — **Residenz-Theater:** Eine Frau ohne Bedeutung. — **Zentral-Theater:** Das Detektivmädel. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Bunbury. — **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:** 12., 15. bis 17. u. 19. Das Dreimäderlhaus. 13. La Traviata. 14. Rigoletto. 18. [illegible]. — **Komische Oper:** Der Herr der Welt. — **Lustspielhaus:** Der Werwolf. — **Metropol-Theater:** Die Bajadere. — **Neues Operetten-Theater:** [illegible]. — **Thalia-Theater:** Die Herren von und zu . . . — **Theater am Nollendorfplatz:** 12. bis 20. Die Ehe im Kreise. — **Theater des Westens:** Der Tanz ins Glück. — **Kleines Theater:** Haben Sie nichts zu verzollen? — **Wallner-Theater:** Die Spitzenkönigin. — **Walhalla-Theater:** Der liebe Augustin. — **Theater des Ostens** (Rose-Theater): Für tot erklärt. Wegweiser zum Eheglück. — **Kasino-Theater:** Familie [illegible]. Lachende Liebe. — **Neues Theater am Zoo:** Scampolo. — **Schloßpark-Theater Steglitz.** Kleines Haus: 12., 14., 16., 17. u. 19. Phyllis. 13. Der Hahn. Der Geizige. 15. Des Meeres und der Liebe Wellen. 18. Extemporale. — **Folies Caprice:** [illegible]. — **Admiralspalast:** Futuristischer Karneval. 18. Die roten Schuhe. — **Intimes Theater:** Doppelt besetzt. Bubi will nicht. Die Peitsche und . . .? Besuch im Bett. — **Theater am Kurfürstendamm:** 13. bis 20. Der große Bariton. — **Neues Operettenhaus Schöneberg:** 13. bis 17. Schäm' dich, Lotte. 18. bis 20. Die blonden Mädels vom Lindenhof. — **Apollo-Theater und Wintergarten:** Täglich Spezialitätenvorstellung.

Nachmittagsvorstellungen. **Volksbühne:** 12. Masse Mensch. 18. Das Käthchen von Heilbronn. 19. König Lear. — **Deutsches Theater:** 12. u. 19. Louis Ferdinand. — **Kammerspiele:** 12. Die deutschen Kleinstädter. — 19. Matinee: [illegible]. 2½ Uhr: Die Büchse der Pandora. — **Lessing-Theater:** 12. u. 19. Die Marquise von Arcis. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** 12. Erdgeist. — **Deutsches Opernhaus:** 12. 11 Uhr: Sinfoniekonzert. 13. 2½ Uhr: Zar und Zimmermann. 19. Die lustigen Weiber von Windsor. — **Schiller-Theater:** 12. Der Biberpelz. 13. Prinz Friedrich von Homburg. 19. Ein Wintermärchen. — **Großes Schauspielhaus:** 12. u. 19. Dantons Tod. — **Neues Volks-Theater:** 12. Der zerbrochene Krug. 19. 11½ Uhr: Persephone. 2½ Uhr: Die Geschwister. Der zerbrochene Krug. — **Die Tribüne:** 19. Totentanz. — **Deutsches Künstler-Theater:** 12. u. 19. Flamme. — **Komödienhaus:** 12. Die Fahrt ins Blaue. — **Berliner Theater:** 12. Der letzte Walzer. — **Trianon-Theater:** Mein Freund Teddy. — **Residenz-Theater:** 12. Casanovas Sohn. — **Zentral-Theater:** 12. Der Widerspenstigen Zähmung. — **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:** 12. Martha. 19. Der Troubadour. — **Lustspielhaus:** 12. Nachtasyl. — **Thalia-Theater:** 12. u. 19. O schöne Zeit, o selige Zeit. — **Theater am Nollendorfplatz:** 12. Carmen. 13. bis 18. Wohltäter der Menschheit. — **Theater des Westens:** 12. Der ersten Liebe goldene Zeit. 19. Tristan und Isolde. — **Kleines Theater:** 12. Der Dieb. — **Theater des Ostens** (Rose-Theater): 12., 18. u. 19. Schneewittchen. — **Kasino-Theater:** 12. Zigeunerleben. — **Neues Theater am Zoo:** Iphigenie auf Tauris. — **Schloßpark-Theater Steglitz.** Kleines Haus: 12. Raub der Sabinerinnen. 19. Jugend. — **Admiralspalast:** 12. u. 19. Futuristischer Karneval. — **Intimes Theater:** 12. Die Spelunke usw. — **Theater am Kurfürstendamm:** 19. 11½ Uhr: Vortragsmatinee. 2½ Uhr: Der Teufel.

Gewerkschaftsbewegung

Weibliche Gewerkschaftsmitglieder.

Unter den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Zentralverbänden sind nur die folgenden acht ohne weibliche Mitglieder: Asphalteure, Bauarbeiter, Buchdrucker, Dachdecker, Poliere, Schiffszimmerer, Schornsteinfeger und Steinsetzer. In allen übrigen Berufen und Industrien hat sich die Frauenarbeit längst Eingang verschafft, wenn auch in einigen nur in geringem Maße. Der Verband der Zimmerer zählt 11, der der Glaser 36, der der Schweizer 41, der der Maschinisten 136 weibliche Mitglieder, die Maler 420, Lithographen 324, Böttcher 532, während die Töpfer 590 weibliche Mitglieder zählen. Dagegen haben wir einige Organisationen mit weit mehr weiblichen als männlichen Mitgliedern, so die Buchbinder, die Graphischen Hilfsarbeiter, die Tabakarbeiter und die Textilarbeiter. Sieben Verbände haben einen Rückgang der weiblichen Mitglieder von insgesamt 3130 im 4. Quartal 1921 zu verzeichnen gehabt, die übrigen 32 Verbände mit weiblichen Mitgliedern aber eine Zunahme von 83 750, so daß abzüglich des erwähnten Verlustes die Zahl der weiblichen Mitglieder allein in dem Zeitraum vom 30. September bis 31. Dezember 1921 eine Zunahme von 80 620 erfahren hat. Am 31. Dezember 1921 betrug die

Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder 1 618 296.

Der Zentralverband der Angestellten ist mit seinen 145 110 weiblichen Mitgliedern am 30. September 1921 vom ADGB. zum AfA-Bund übergetreten.

Die größten weiblichen Mitgliederziffern haben zu verzeichnen: die Textilarbeiter 430 350, die Fabrikarbeiter 187 412, die Metallarbeiter 173 941, die Landarbeiter 170 043 und die Tabakarbeiter 101 292. Dann kommen die Bekleidungsarbeiter mit 75 143, die Buchbinder mit 62 379, die Transportarbeiter mit 53 383. Es folgen die Schuhmacher mit 45 380, die Holzarbeiter mit 42 109, die Graphischen Hilfsarbeiter mit 30 424, Porzellanarbeiter mit 28 578, Hotel- und Restaurantangestellte 26 605, Hutmacher 18 655, während der Verband der Hausangestellten 13 540 weibliche Mitglieder zählt. Außerdem haben die Glasarbeiter über 10 000 und zwar 12 848 weibliche Mitglieder zu verzeichnen. Dann kommen die Lederarbeiter mit 8503, Sattler, Tapezierer und Portefeuiller 7809, Kürschner 5875, Brauerei- und Mühlenarbeiter 5830, Gärtner 3836, Eisenbahner 3820, Chorsänger 2707, Bergarbeiter 1838, Fleischer 1827, Film- und Kinoangestellte 1639, Musiker 1578 und Friseure 1126 weibliche Mitglieder. Neun Verbände zählen weniger als 1000 weibliche Mitglieder.

Der Zuwachs im letzten Vierteljahr entfällt auf die Verbände der Bäcker und Konditoren mit 5974, Buchbinder mit 5362, Fabrikarbeiter mit 8951, graphische Hilfsarbeiter mit 2973, Holzarbeiter mit 3829, Metallarbeiter mit 12 079, Schuhmacher mit 3185 und Textilarbeiter mit 29 092.

So erfreulich das gewaltige Anwachsen unserer freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Angestelltinnen auch ist, so legt es doch auch den Gewerkschaften große Pflichten auf. Mit Recht sagt die „Gewerkschaftliche Frauen-Zeitung“, der wir diese Ziffern entnehmen: „Die Gewerkschaften — und auch die Gewerkschaftsmitglieder — dürfen aber nicht vergessen, daß die Mitgliederzahl allein die Stärke einer Organisation noch nicht ausmacht. Notwendig ist in der Hauptsache die Stellung des einzelnen Mitgliedes zur Organisation, seine Anteilnahme an ihr und das Bewußtsein, daß von der Haltung des einzelnen die Stärke und die Leistungsfähigkeit der Organisation abhängt.“

Die Haltung des einzelnen Gewerkschaftsmitgliedes wird aber im wesentlichen bestimmt durch seine gewerkschaftliche Schulung.

Achtung, Betriebsräte!

Alle freigewerkschaftlich organisierten neugewählten Betriebsräte haben ihrer Organisation von der Neuwahl Kenntnis zu geben und sich eine Betriebsratslegitimationskarte von der Organisation ausstellen zu lassen. Das gleiche gilt für Arbeiter- und Angestelltenratsmitglieder.

Für das Jahr 1922 gelten nur diejenigen Betriebsratsausweiskarten, die einen, von der Organisation bewirkten Aufdruck der Jahreszahl „1922“ tragen.

Die Angestellten erhalten ihre Betriebsratsausweiskarten nur beim AfA-Bund-Ortskartell Groß-Berlin, Berlin N. 39, Reinickendorfer Str. 118.

Die Meldungen sind unverzüglich den Organisationen zu übermitteln.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Achtstundentag und Friseurlehrlinge.

Eine Neuköllner Leserin schreibt uns:

„Es gibt wohl keinen zweiten Beruf, in dem die wertvollste Errungenschaft der Revolution, der Achtstundentag, so mißachtet wird, als dies im Friseurberuf der Fall ist. Von den Gehilfen soll hier nicht gesprochen werden, weil diese sich selbst rühren können und müssen, um sich den gesetzlich garantierten Achtstundentag zu sichern. Aber der Lehrling ist in dieser Hinsicht fast schutzlos dem Belieben des Lehrherrn ausgeliefert, der die Arbeitszeit nach Bedarf oder Gutdünken strecken kann. Im allgemeinen tritt der Friseurlehrling spätestens 8 Uhr morgens (in nicht seltenen Fällen schon früher) seinen Dienst an, der (mit Unterbrechung durch eine meist nur einstündige Mittagspause) bis mindestens 7½ Uhr abends dauert; oft wird es noch später; am Sonnabend kommt er fast immer erst nach 8 Uhr von der Arbeit los. Dafür darf er dann am Sonntag schon eine halbe Stunde früher antreten, weil da Hochbetrieb herrscht, der sich bis mindestens 12½ Uhr ausdehnt. Nun soll ja als Ausgleich für die Arbeit am Sonntag der Montagnachmittag frei sein. Ja, hat sich was! Am Montagnachmittag hat der fürsorgliche Innungsvorstand den Fachschulunterricht für die Lehrlinge angesetzt, der von 2 bis 5 Uhr dauert, so daß die armen Jungen auch um den freien Nachmittag kommen. Also die ganze Woche — sieben Tage — wird gearbeitet, wochentags reichlich 10 Stunden, Sonntags mindestens 4½ Stunden. Selbst wenn man den Fachschulunterricht am Montagnachmittag von der eigentlichen Arbeitszeit abzieht (was aber nicht angängig ist), kommen doch noch an 60 Arbeitsstunden in der Woche heraus. Man wende nicht ein, daß tagsüber im Friseurgewerbe auch viel Wartezeit sei. Für den Lehrling gibt es immer Beschäftigung. Jedenfalls geht es auf keinen Fall an, daß der freie Montagnachmittag, den der Lehrherr und Gehilfe genießt, für den Lehrling durch den Fachschulunterricht aufgehoben wird. Einen ganzen freien Tag in der Woche muß doch auch der Friseurlehrling beanspruchen können. Und durch Einlegung längerer Mittagspausen muß auch der tatsächlich im Geschäft zu verbringende Arbeits- oder Bereitschaftsdienst auf ein erträgliches Maß herabgedrückt werden. Auf die 48-Stundenwoche hat auch der Friseurlehrling ein gesetzliches Recht!“

Hierzu sei bemerkt, daß zwar die Ausnahmebestimmungen von der Sonntagsruhe besagen, wenn die Sonntagsarbeiten länger als drei Stunden dauern — und in Berlin währen sie von 8 bis 12 Uhr mittags —, den Arbeitern in jeder Woche ein Werktagsnachmittag von spätestens 1 Uhr ab freizugeben ist. Für die Lehrlinge aber ist diese Rechtsbestimmung durch eine preußische Ministerialverordnung beseitigt worden — die immer noch nicht aufgehoben ist —, welche den Lehrmeister berechtigt, die Zeit zum Fach- und Fortbildungsschulbesuch auf den freien Wochennachmittag anzurechnen. Was jedoch die acht Stunden überschreitende Beschäftigung an Wochentagen betrifft, würde zunächst der Lehrmeister um Unterlassung anzugehen sein. Hilft das nicht, ist der Gewerbeinspektion Anzeige zu erstatten, und falls auch das nichts nützt, der Staatsanwaltschaft.

Die Gehilfenorganisation (Engelufer 24, Zimmer 59) ist bereit, die erforderlichen Schritte zu unternehmen. Sie unterhält überdies auch eine Lehrlingsabteilung.

Was „Wolff“ alles zu melden hat.

Unterm 10. März verbreitete das Wolffsche Telegraphen-Bureau unter Berliner Lokalnachrichten — „nichtamtlich“ —, was ihm ein gewisser „Nationalverband Deutscher Berufsverbände“ über eine angebliche „Neuorientierung der Straßenbahner“ vorsetzte. In Hannover sitze ein Reichsverband der Klein- und Straßenbahner, der im Aufblühen begriffen sei. Dieser habe sich der Not der auf vaterländischem Boden stehenden Berliner Straßenbahner erbarmt und eine Ortsgruppe gegründet. Die Adressen dieser gelben Gründung, der man einen Fernsprecher zur Verfügung stellte, werden genau angegeben, und alle Straßenbahner, die aus der Tragödie der „deutschen Gewerkschaftsbewegung gelernt haben, daß die Klassenkampfgewerkschaften die Arbeitnehmerschaft wirtschaftlich und politisch schädigen, werden zum Eintritt aufgefordert“.

Als ob nicht jeder vernünftige Arbeiter selbst gelernt hätte, daß solche gelben Aftervereinigungen eine Schmach und Schande für die Arbeiterschaft sind. Wenn irgendeine kleine Arbeitergruppe aus sich heraus eine Vereinigung gebildet hätte, hätte Wolff höchstwahrscheinlich nicht Notiz davon genommen. Diese sich national gebärdenden Gelbgründungen haben hochmögende Hintermänner in Unternehmerkreisen, die ihren Giftpflanzen zum „Aufblühen“ verhelfen möchten. Deshalb gibt sich auch das Wolffsche Telegraphen-Bureau dazu her. Es könnte das ruhig dem Stinnes-Apparat überlassen.

AEG. Kabelwerk Oberspree. Morgen Sonntag, vormittags 9 Uhr, Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21, Betriebsversammlung. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Krankenausweis legitimiert.

Ein netter Betriebsrat. Vom Zentralverband der Hotelangestellten wird uns zu der unter dieser Aufschrift in Nr. 114 des „Vorwärts“ erschienenen Notiz mitgeteilt, daß seitens der KPD. Wert darauf gelegt wird, festzustellen, daß der Betriebsrat Riedel (Hotel Esplanade) niemals der KPD. angehört hat.

Die Metallarbeiter in Rostock standen jüngst vor der Neuwahl der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Die Kommunisten hatten alle Anstrengungen gemacht, um ihre Liste durchzubringen. Sie erhielten immerhin noch 229 Stimmen (gegen 286 im Vorjahre). Gewählt aber wurde die Liste der SPD. mit 473 Stimmen. Die Ortsverwaltung ist damit wieder vollständig von unseren Genossen besetzt. Im Vorjahre wurden der USPD. zwei Sitze eingeräumt; da aber die USPD. in Mecklenburg ausgestorben ist, kam dies nicht mehr in Frage.

Fabrikarbeiterverband. Die am 5. Februar ausgefallene Generalversammlung wird morgen, Sonntag, vormittags 9 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses abgehalten. Verbandsbuch und Delegiertenmandat legitimiert, ohne dem kein Zutritt.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Schlechterwerke

Peter Schlechter
Markgrafenstraße 27
Ecke Krausenstr.

Ueberall in Zigarrengeschäften erhältlich ist
der echte Kapitän-Kautabak
nur mit Zetteleinlage (Rollen, Schleifen, Stangen Twist M. 4.— Einzelverkauf). Verkaufsstellen durch Carl Röcker, Berl.-Lichtenbergerstr. 22 (Rgst. 3861)

Wichtig für alle u. besond. heute ist die Sicherung d. Zukunft der Familie u. die Vorsorge für das Alter durch den Abschluß einer Lebensvers. Richten Sie daher umgehend Ihre Anfrage an
Karlsruher Lebensversicherung a. G.
Hauptvertretung Groß-Berlin
Berlin W. 50, Eislebener Straße 6

Trauringe

Dukaten-Gold (900 gest.)
333—585 gest.
Jede Größe am Lager. Garantieschein für gesetzl. Goldgehalt. Nicht die Reklame, der Name bürgt für Qual. u. Preiswürdigkeit.
Spezialhaus fugenloser Trauringe
Erich Fuhrmann
NW 87, Gotzkowskystraße 13
Ankauf v. Gold-, Silb.-, Plat.-Bruch

Ein steiniger Weg
Lebenserinnerungen
von Ottilie Baader
Das Lebenswerk der verdienten Vorkämpferin für Volks- und Frauenrecht. Ein Buch für jede Frau.
PREIS 30 MARK
schön gebunden
Buchhandlung Vorwärts
Berlin, Lindenstr. 2

Unsere Leistungsproben

Dieses
eleg. Straßenkleid 345.-
aus vorzüglichem gestreiften Stoff, mit farbigen Tuchkragen u. Aermelaufschlägen, Lackgurt, offen und geschlossen zu tragen . . . .
Covercoat-Paletot 590.-
imprägniert
130 cm lang, gute Qualität . . . . . .
Wetter-Mantel 295.-
aus wasserdichten Loden
hoch zu schliessen, mit breitem Gurt . . . .
Hemd-Blusen 89.-
offen und geschlossen zu tragen, aus guten Velourstreifen, ohne Ausnahme . . . .
Knaben-Pyjaks 145.-
ganz auf Futter
für 9—10 160.–, 7–8 155.–, 5—6 150.–, 3—4 Jhr.
AHO
LOEWENBERG & Co
Swinemünderstr. 86 • Ecke Lortzingstrasse
Strassenbahnen: 40 27 III 5 8 G 35 36 37 41 42 13 99 130 u. Ringbahnhf. Gesundbr.

ZIGARETTEN
DER ÖSTERREICH. TABAKREGIE
sind für die Gross- u. Kleinhändler erhältlich bei den Fabrikniederlagen in Berlin.
Am Bahnhof Friedrichstrasse Schiffbauerdamm 8 — W. 35 Magdeburgerstr. 14, Telefon Kurfürst. 3140
NO. 18 Lichtenbergerstr. 22, Telefon KÖ 3861 — Südost 16, Engelufer 5, Tel. Moritzplatz 3014/12730
S.O. 16 Michaelkirchst. 12, Telefon Moritzpl. 2524 — Charlottenburg Bismarckst. 62 Wilh. 1607

Neue Haut erzielt man schmerzlos, unmerkl. für die Umgebung durch die echte Vater-Philipp-Schälkur à 12 M. vom Tutogen-Laborator., Dresden-Zschachwitz 146. Schält Pickel, Mitesser, Sommerspross., Hautunreinigk. usw. ab, läßt anmutige junge Haut zum Vorsch. komm. Erh. i. d. Elefantenapoth., Leipz. Str., u. Droger. Bastianstr. 2, Fehmarnst. 1, Reinickend. Str. 119, Charlottenst. 76, Pank., Prinzst. 6

Bettwäsche zu Fabrikpreisen! Damenhemden, Handtüch., Tisch-, Schürzen! Ausschneiden! Vergüte 6%. Eckebrecht Hasenheide 83

Gurkofix
feinst. Gurkensalat
Ueberall erhältlich!
Carl Timmer, Essig-, Mostrich- u. Konservenfabrik
Berlin, Büschingstr. 6

Qualitäts-Raucher! bevorzugen die Fabrikate der Schweizer Zigarren-Fabriken Emil Vollmer, Basel-Lörrach
Gute Qualitäten von 80 Pf. an
Erhältlich i. den Zigarren-Spezialgeschäften
Telephon: Amt Rheingau 1990. Varziner Str. 2

Möbel-Transporte
In- und Ausland
ERNST BOLDT
Berlin C 54, Untergrundbhf. Schönhauser Tor
Norden 646, 2775, 9414
Berlins größtes Spezial-Geldschrank- und Maschinen-Transport-Geschäft

Notgeldsammler welche über den Wert ihrer Sammlung stets informiert sein wollen, verlang. gegen Einsendung v. M. 4.- portofrei meine „Monatliche illustrierte Preisliste“ mit über 150 Abbildungen.
Victor Engelmann, Kiel. Postscheck: Hamburg 41712

Echte extrast. **Walthorius Hienfong**-Essenz (Destillat) 12 Fl. M. 50, bei 24 Fl. M. 100 franko und inkl. Zu haben in Apotheken u. Drogerien. Herst. Laboratorium H. Walther, Halle a. S.-Trotha 143

Neue Bücher über Schule und Erziehung
Konrad Haenisch: Neue Bahnen der Kulturpolitik. Preis: 30 Mk.
Joh. Hoffmann: Schule und Lehrer in der Reichsverfassung. Ein Kommentar. Preis: br. 10 Mk. geb. 15 Mk.
Fritz Karsen: Die Schule der werdenden Gesellschaft. Preis: 10 Mk.
Buchhandlung VORWÄRTS Berlin SW 68 Lindenstr. 3